Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7153**

18. Wahlperiode 18.12.2015

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Niema Movassat, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Saudi-Arabien und der „Islamische Staat“

Die Bundesregierung setzt auf die Regionalmacht Saudi-Arabien. Und das auch nach bzw. trotz der vom deutschen Auslandsgeheimdienst BND (Bundesnachrichtendienst) Anfang Dezember 2015 in Teilen öffentlich gewordenen Analyse über Saudi-Arabien, die dem Land eine destabilisierende Rolle in der Region zuschreibt. „Die bisherige vorsichtige diplomatische Haltung der älteren Führungsmitglieder der Königsfamilie wird durch eine impulsive Interventionspolitik ersetzt“, heißt es da unter anderem (www.ksta.de/politik/eklat-um-geheimpapier-warum-die-regierung-das-bnd-geheimpapier-zu-saudi-arabien-so-erzuernt,1518 7246,32701080.html). Das Auswärtige Amt distanzierte sich öffentlich von dem Bericht: „Der BND spricht sicher nicht für die deutsche Außenpolitik, schon gar nicht über Dritte“. Die Bundesregierung betrachte Saudi-Arabien als wichtigen Partner in der Region und hält an ihrer Auffassung fest, ohne konstruktive Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien würde eine friedliche Problemlösungen in Syrien und der Region nicht gelingen (www.berliner-zeitung.de/politik/eklat-um-geheimpapier-warum-die-regierung-das-bnd-geheimpapier-zu-saudi-arabien-so-erzuernt,10808018,32701080.html).

Neben der Türkei, die den „Islamischen Staat“ (IS) „durch löchrige Grenzen, Dschihadisten-Transfer, Rohölschmuggel und Bombenangriffe auf kurdische Einheiten“ fördert, schuf aber die „saudische Salafistenmission“ wiederum „den Nährboden für eine weltweite Radikalisierung, ohne die der Zulauf von IS-Rekruten aus mehr als 100 Nationen nach Syrien und in den Irak nicht erklärbar ist […] Der im März vom Zaun gebrochene Krieg im Jemen öffnete dem IS erstmals den Weg an die Südspitze der Arabischen Halbinsel. Der Terrorrivale Al-Kaida dort ist ebenfalls stärker als je zuvor: Mit der Hafenstadt Mukalla und der Südprovinz Abyan beherrschen seine Kämpfer jetzt ein eigenes Kalifat“ (www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/aussenpolitik-deutschland-syrien-is-europa-saudi-arabien). „Ohne die Türkei, Saudi-Arabien und Katar gäbe es keinen Terror mehr in dieser Größenordnung. Und alle drei Terrorpaten erfreuen sich politischer, militärischer und finanzieller Unterstützung durch Deutschland und andere NATO-Länder“ (www.heise.de/tp/artikel/46/46600/1.html).

DIE LINKE. forderte deshalb gegenüber der „Berliner Zeitung“ vom 8. Dezember 2015 („Ein wichtiger Partner, von dem Gefahr ausgeht“) einen Kurswechsel: „Ein harter Kurs gegenüber dem Terrorschirmherrn Saudi-Arabien ist lange überfällig.“ Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien und die Tätigkeit saudi-arabischer Wohlfahrtskonzerne in Europa müssten gestoppt werden. „Lässt man die saudische Diktatur weiter gewähren, wird die menschenverachtende Ideologie des islamistischen Terrorismus mit Hilfe der saudischen Ölgelder noch stärker verbrei-

tet.“ Der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Anton Hofreiter, brachte sogar wirtschaftliche Sanktionen ins Gespräch (www.presseportal.de/pm/57706/3195281). Allerdings zeigt ein Blick in die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung, dass auch unter Rot-Grün Waffen nach Saudi-Arabien exportiert wurden. Von 1999 bis 2004 – also in der Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder – stiegen die Waffenlieferungen von 26 auf fast 60 Mio. Euro, wobei Raketenteile, Maschinengewehre, Pistolen, Munition und Granaten neben Teilen für Kampfflugzeuge, Schießanlagen, Funküberwachungssystemen und Militärbooten nach Saudi-Arabien ausgeführt wurden (www.spiegel.de/politik/deutschland/rot-gruene-waffenexporte-gewehre-fuer-die-scheichs-a-773665.html). Aktuell fordern die beiden großen Kirchen Deutschlands einen Stopp von deutschen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien (www.kath.ch/newsd/deutschlands-kirchen-fordern-stopp-von-waffengeschaef ten-mit-saudi-arabien/).

In der aktuellen Debatte warnte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Oppermann, vor dem Wahhabismus und forderte vom Verfassungsschutz, die saudi-arabische Finanzierung von Moscheen in Deutschland zu beobachten. Der Wahhabismus liefere unter anderem die „komplette Ideologie für den Islamischen Staat und trägt auch in anderen Ländern zu einer Radikalisierung moderater Muslime bei […] So etwas brauchen und wollen wir in Deutschland nicht.“ (welt.de/politik/deutschland/article149649181/SPD-Fraktionschef-warnt-vor-konservativem-Islam.html). Auch der Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) warnte Saudi-Arabien davor, religiösen Extremismus in Deutschland zu unterstützen. „Aus Saudi-Arabien werden überall in der Welt wahhabitische Moscheen finanziert. Aus diesen Gemeinden kommen in Deutschland viele islamistische Gefährder […] Wir müssen den Saudis aber zugleich klarmachen, dass die Zeit des Wegschauens vorbei ist“ (www.spiegel.de/politik/deutschland/sigmar-gab riel-warnt-saudi-arabien-vor-finanzierung-von-extremismus-a-1066327.html). Jahrelang ließ man z. B. die König Fahad Akademie gGmbH (KFA) in Lannesdorf (Bonn) agieren (www.ksta.de/politik/extremismus-in-nrw-der-salafismus-gedeiht-in-bonn,15187246,28787650.html). Dass die radikalislamistischen Gruppen verstärkt im Rheinland und da vor allem im Raum Bonn zu finden sind, hat mit dem früheren Zuzug in das Umfeld der KFA in Lannesdorf zu tun. Diese einzige saudi-arabische Schule auf deutschem Boden wirkte anziehend auf streng islamistische Kräfte, die ihren Kindern eine religiös streng konservativ und abgeschottet von westlichen Einflüssen geprägte Schulbildung zukommen lassen wollten (www.dw.com/de/von-der-bundesstadt-zur-salafistenhochburg/a-18060455). Entsprechend hatte die für die Aufsicht über die Akademie zuständige Bezirksregierung Köln unter dem Eindruck eines vermehrten Zuzugs von Islamisten nach Bonn am Beginn der 2000er-Jahre eine Schließung erwogen (Plenarprotokoll 18/81, Antwort auf die Mündliche Frage 34, Anlage 21, S. 7748 (A)). Überraschenderweise durfte sie aber den Lehrbetrieb weiterführen. „DER SPIEGEL“ fragte damals: „Ein Kotau vor den saudi-arabischen Finanziers?“ (www.spiegel.de/panorama/islamisten-in-deutschland-letzte-chance-fuer-koenig-fahd-akademie-a-271668.html)

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit sieht die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis in der „Islamischen Weltliga“ das wichtigste Instrument des Königreichs Saudi-Arabien, sein Islamverständnis weltweit zu verbreiten – also Moscheen, Schulen und islamische Kulturzentren zu bauen, Jugendprojekte zu fördern, islamische Anliegen, wo auch immer in der Welt, zu unterstützen und humanitäre Hilfe zu leisten (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/saudi-arabien-bereitet-den-naehrboden-des-terrors-13934322.html)?

2. Inwieweit teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis die Auffassung, dass Saudi-Arabien maßgeblich verantwortlich für die weltweite Verbreitung radikal-islamischen Gedankenguts in Form des Wahhabismus sei (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/saudi-arabien-bereitet-den-naehrboden-des-terrors-13934322.html)?
3. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die islamische Ideologie des IS die besonders gewalttätige Fortsetzung des wahhabitischen Islams sei (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/saudi-arabien-bereitet-den-naehrboden-des-terrors-13934322.html)?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche), dass der IS seine politischen, finanziellen und theologischen Ursprünge und Quellen analog zu Boko Haram, al-Qaida und den Taliban in Saudi-Arabien hat (www.faz.net/aktuell/politik/inland/cem-oezdemir-ueber-die-herausforderung-mit-dem-islam-13936149-p2.html)?
5. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung innenpolitisch daraus, dass die Zeit des Wegschauens vorbei ist, gegenüber den von Saudi-Arabien finanzierten Moscheen, Schulen, islamischen Kulturzentren etc. (www.spiegel.de/politik/deutschland/sigmar-gabriel-warnt-saudi-arabien-vor-finanzierung-von-extremismus-a-1066327.html)?
6. Inwieweit hat die Bundesregierung darüber Kenntnis, ob ohne die Finanzierung aus Saudi-Arabien militant-salafistische Vereine auch in Deutschland kaum überlebensfähig wären (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/islam-deutschland-oesterreich-zentralrat-der-muslime)?
7. Inwieweit hat die Bundesregierung Erkenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, ob und wie viele Moscheen in Deutschland durch finanzielle Unterstützung Saudi-Arabiens bzw. saudi-arabischer Stiftungen errichtet bzw. unterhalten werden?
8. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, ob die KFA nach wie vor enge Kontakte zur „Islamischen Gemeinschaft Deutschlands“ (IGD) pflegt, einem Ableger der Muslimbruderschaft, die in Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet wird (www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/21439)?
9. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, ob das Vermögen der KFA im Falle ihrer Schließung an die IGD übergeht (www.sueddeutsche.de/politik/bonn-koenig-fahd-akademie-unter-islamismus-verdacht-1.319540)?
10. In welchen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und welchen anderen europäischen Staaten (speziell Niederlande, Frankreich, Österreich, Schweiz, Großbritannien, Schweden) sind nach Kenntnis der Bundesregierung Verbote von Auslandsfinanzierungen von Moscheevereinen bzw. allgemein religiösen Vereinen geplant oder bereits in Kraft?
11. Inwieweit plant die Bundesregierung ein Verbot von Auslandsfinanzierungen für religiöse Vereine, Organisationen etc.?
12. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die aus Saudi-Arabien finanzierte KFA in Bonn als ein Hort der Radikalisierung massiv unterschätzt worden sei (www.taz.de/!5017519/), und wenn nicht, warum nicht?

13. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegenüber Saudi-Arabien daraus, dass die Zeit des Wegschauens vorbei ist (www.spiegel.de/politik/deutschland/sigmar-gabriel-warnt-saudi-arabien-vor-finanzierung-von-extremismus-a-1066327.html) in Bezug auf

    a) deutsche Rüstungsexporte,

    b) die militärische Zusammenarbeit,

    c) die polizeilich-geheimdienstlichen Kooperation?

14. Ist im September 2015 eine Wiederaufnahme der Trainings- und Beratungsmaßnahmen der Bundespolizei mit saudi-arabischen Grenzschutzbehörden erfolgt (Bundestagsdrucksache 18/5815)?

15. Welche – auch nachrichtendienstlichen – Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die finanzielle Unterstützung der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ durch private Stiftungen in Saudi-Arabien (leelajacinto.blogs.france24.com/article/2014/06/18/maliki-blasts-saudis-kingdom-not-funding-isis)?

16. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, mit welchen konkreten Maßnahmen die saudi-arabischen Behörden gegen die finanzielle Terrorunterstützung vorgehen?

17. Inwieweit ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Saudi-Arabien der ihm durch die Bundesregierung zuerkannten „gewichtigen Stimme in der Arabischen Liga und im Golfkooperationsrat“ bzw. seiner „Schlüsselrolle für die Sicherheit der von Krisen geprägten Region“ durch die Eskalation der Gewalt infolge des Einmarsches in den Jemen gerecht wird (Plenarprotokoll 18/123, S. 11904 (B))?

18. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass Saudi-Arabien wegen eigener Verluste – analog zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, die einen Teil ihrer ursprünglich vom Blackwater-Gründer Erik D. Prince aufgestellten lateinamerikanischen Privatarmee von 450 mehrheitlich kolumbianischen Soldaten in den Jemen entsandt haben soll – Söldnertruppen im Jemen einsetzt (www.derstandard.at /2000027645138/Auswege-aus-dem-jemenitischen-Sumpf)?

19. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, dass Saudi-Arabien bei seinen Luftangriffen gegen die Huthi-Rebellen im Jemen auch Streubomben, sogenannte Cluster Bombs, abwirft (www.n-tv.de/politik/Saudis-greifen-wohl-mit-Streubomben-an-article15825176.html)?

20. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass im Kampf gegen die aufständischen Huthis und ihre Verbündeten die saudische Koalition die Islamisten von al-Qaida und IS duldet (www.heise.de/tp/artikel/46/46681/1.html)?

21. Welche – auch nachrichtendienstlichen – Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entscheidung der saudi-arabischen Regierung, „ab Lager“ pakistanische Atomwaffen zu kaufen (independent.co.uk/news/world/middle-east/saudi-arabia-plans-to-buy-pakistani-nuclear-weapon-10257964.html)?

22. Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem saudi-arabisch-pakistanischen Geschäft für die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen im Raum des Nahen und Mittleren Ostens?

23. Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Geschäft für die deutsch-saudi-arabischen Beziehungen?

24. Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Geschäft für die deutsch-pakistanischen Beziehungen?

25. Welche – auch nachrichtendienstlichen – Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum saudi-arabischen Kauf von Waffen in Kroatien und zu dem daraufhin erfolgten Schmuggel dieser Waffen über Jordanien an bewaffnete Gruppen in Syrien (brown-moses.blogspot.de/2014/03/isis-deploys-croatian-weapons-against.html)?

26. Welche Kenntnisse haben nach Erkenntnis der Bundesregierung die Regierung und das Parlament des NATO-Mitgliedstaates Kroatien von diesem Waffengeschäft?

27. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Geschäft für die deutsch-kroatischen Beziehungen?

28. Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung zu Schätzungen diverser Geheimdienste, es würden ca. 3 000 bis 4 000 junge Saudi-Araber in Syrien zumeist in den Reihen des IS kämpfen (www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/islamischer-staat-gotteskrieger-finanzierung-syrien-irak)?

29. Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung, ob Saudi-Arabien vor allem deshalb Antiterrorgesetze erlassen hat, die allen Dschihadisten und ihren Helfershelfern schwere Strafen androhen, weil die Doppelstrategie – außerhalb Saudi-Arabiens militante Islamisten als nützliche Instrumente im Kampf gegen den schiitischen Einfluss in der Region zu nutzen und im Inneren gegen deren Treiben mit aller Polizeimacht vorzugehen – nicht mehr aufgeht, da inzwischen das „Haus Saud“ durch den IS bedroht ist (www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/islamischer-staat-gotteskrieger-finanzierung-syrien-irak)?

30. Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, dass sich Saudi-Arabien zwar damit brüstet, eine „Anti-Terror-Allianz“ mit 34 Staaten geschmiedet zu haben, aber mehrere Regierungen sich überrascht zeigten, dass sie erst aus den Medien erfuhren, zur Koalition zu gehören (www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-pakistan-malaysia-und-libanon-ueberrascht-von-anti-terror-allianz-a-1068243.html)?

31. Welche Kenntnisse (aus nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, welche der 34 Staaten, die vermeintlich zur „Anti-Terror-Allianz“ gehören sollen, wie Pakistan, Malaysia und Libanon, erst im Nachgang davon erfuhren (www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-pakistan-malaysia-und-libanon-ueberrascht-von-anti-terror-allianz-a-1068243.html)?

32. Teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis die Auffassung, dass Saudi-Arabien die „Anti-Terror-Allianz“ wegen ihrer vordergründigen großen Symbolkraft benötigt, weil das Land in Bezug auf den IS eher als Teil des Problems als der Lösung gesehen wird, da der ideologische Unterschied zwischen dem IS und dem saudi-arabischen Wahhabismus gering sei und Saudi-Arabien bei Geld- und Waffenlieferungen an islamistische Gruppen weggeschaut habe (www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-das-steckt-hinter-der-neuen-anti-terror-allianz-a-1067847.html)?

33. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, dass der Sudan als ein Partner in der von Saudi-Arabien ausgerufenen „Anti-Terror-Allianz“ in den vergangenen zwölf Monaten von dem vom Iran geführten Lager in das rivalisierende saudi-arabische Lager übergewechselt sei, was vor allem der saudi-arabischen „Scheckbuch-Diplomatie“ geschuldet sei (www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-das-steckt-hinter-der-neuen-anti-terror-allianz-a-1067847.html)?

34. Inwieweit teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis die Auffassung, dass Prinz Mohammed bin Salman innerhalb der saudi-arabischen Königsfamilie nicht unumstritten sei und er zur Stärkung bzw. Absicherung seiner derzeit mächtigen Position vorzeigbare Erfolge wie diese „Allianz“ brauche (www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-das-steckt-hinter-der-neuen-anti-terror-allianz-a-1067847.html)?

35. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des BND, dass das militärische Engagement Saudi-Arabiens im Jemen Beleg für die destabilisierende Rolle des Landes in der Region sei (www.tagesschau.de/inland/auswaertiges-amt-saudi-arbien-101.html)?

36. Inwieweit trifft es zu, dass der Vizepräsident des BND, Guido Müller, fälschlicherweise im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages gesagt haben soll, die von der Bundesregierung gerügte Einschätzung des BND zu Saudi-Arabien sei vor zwei Wochen öffentlich geworden, weil Journalisten aus einem vertraulichen Hintergrundgespräch berichtet hätten, obwohl sich alle zitierten Aussagen in einer offiziellen Pressemitteilung, die vom BND mit einer Sperrfrist 2. Dezember verbreitet wurde, versehen zudem mit dem Hinweis „unter 1“ – eine Einstufung, die ausdrücklich den Wunsch nach medialer Beachtung zum Ausdruck bringt –, befunden haben sollen (www.tagesschau.de/inland/auswaertiges-amt-saudi-arbien-101.html)?

37. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob Saudi-Arabien in Deutschland in die politische und propagandistische Offensive gegangen ist, wonach über eine Werbeagentur derzeit ganzseitige Anzeigen in deutschen Zeitungen geschaltet werden, in denen das Land als entschlossener Kämpfer gegen Terrorismus und als moderner Investitionsstandort angepriesen wird (www.tagesschau.de/inland/auswaertiges-amt-saudi-arbien-101.html)?

Berlin, den 18. Dezember 2015

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333